

Von August Lindler und Torben Heine

Jeder gegen jeden

Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl 2009 in NRW

Zur Kommunalwahl am 30. August wollen auch die Parteien rechts der CDU wieder in die Parlamente einziehen. Der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde und das niedrige Wahlalter – Jugendliche ab 16 können ihre Stimme abgeben – bestärken ihre Hoffnung auf Wahlerfolge.

Weder NPD oder DVU noch die *Republikaner* oder die *pro*-Gruppierungen sind organisatorisch und personell derart gut aufgestellt, dass sie in allen Kreisen und Städten antreten könnten. Sie müssen sich auf einige Schwerpunkte konzentrieren. Dabei herrscht unter ihnen ein mehr oder weniger feindlich ausgeprägtes Konkurrenzverhältnis. Es sind weniger grundlegende inhaltliche Unterschiede, als vielmehr Fragen der Strategie und des Stils sowie die teilweise seit Jahrzehnten gepflegten Feindschaften ihrer Funktionäre, die eine Zusammenarbeit der Organisationen behindern.

Erfolg versprechen sie sich trotzdem alle: *Pro NRW* kündigt eine Wahlkampagne an, "die von einer Partei rechts der Mitte in NRW so noch nie gesehen wurde". Über 800 Direkt- und Listenkandidaten habe man aufgestellt. Der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** glaubt, "dass wir bei den Kommunalwahlen 2009 unsere bisherigen Mandate halten und etliche neue Mandate hinzugewinnen können". Selbst die *Republikaner* geben eine "Verbreiterung der kommunalen Basis" als Ziel aus, obwohl sie in den letzten Jahren organisatorisch erheblich geschwächt wurden. Zwar gewannen sie bei den Kommunalwahlen 2004 mehr Mandate als jede andere extrem rechte Partei, etliche ihrer Ratsmitglieder wechselten aber seitdem zu *pro NRW* oder NPD oder stellten die Ratsarbeit ein.

Insgesamt erzielten Parteien und Wählergemeinschaften der extremen Rechten bei der letzten Wahl 57

Mandate in 21 Stadträten und sieben Kreistagen, zuzüglich einigen Sitzen in Bezirksvertretungen (BV). Auf die *Republikaner* entfielen die meisten, nämlich 29 Mandate (ohne BV), die NPD konnte insgesamt 12 Vertreter (ohne BV, mit BV 15) durchbringen. Die DVU trat nur in Dortmund und Stolberg an. Von einem flächendeckenden Einbruch extrem rechter Parteien in die Parlamente konnte 2004 nicht die Rede sein, trotzdem stellten die Ergebnisse einen deutlichen Zuwachs gegenüber den Vorjahren dar. Fast überall, wo extrem rechte Parteien kandidierten, gelang es ihnen auch, mindestens ein Mandat zu erzielen, woran sie nun anschließen wollen. Dort, wo sie bereits Mandate besitzen, entfällt nämlich das lästige Sammeln der für einen Wahlantritt notwendigen Unterstützungsunterschriften.

Neue Möglichkeiten

Zudem spült jedes errungene Mandat Geld in die meist klammen Kassen der extrem rechten Parteien. So hat die *Westfälische Rundschau* errechnet, dass die Kommunen und Kreise 2008 für Aufwandsentschädigungen rund 310.000 Euro und für Fraktions- und Gruppenarbeit noch einmal 480.000 Euro auszahlen mussten. Die im Herbst 2007 in Kraft getretene geänderte Gemeindeordnung verbesserte die finanzielle Situation für Einzelabgeordnete und Gruppen und erleichterte die Bildung von Fraktionen, was zur Folge hatte, dass beispielsweise die nun als Fraktion firmierende DVU in Dortmund eine zusätzliche Förderung

von 41.000 Euro beanspruchen konnte. Die Gruppenbildung der NPD- und *Republikaner*-Einzelkämpfer im Kreistag des Märkischen Kreises machte ihnen zusätzliche Gelder in Höhe von 24.512 Euro verfügbar.

Neben weiteren finanziellen Mitteln bieten Lokalmandate der extremen Rechten die Möglichkeit, die Parlamente als Propaganda-Plattform zu nutzen. Diese Parteien werden oft lediglich als Verkörperung von rassistischen Ressentiments und "System-Opposition", als "Ein-Thema-" oder "Protest-Partei" wahrgenommen. Die öffentliche Beschäftigung mit lokalpolitischen Themen wie Verkehr, Schule oder Wohnungspolitik soll daher "Bürgernähe" ausdrücken. Mit Anträgen und Anfragen können geschickt die Interessen des eigenen Klientels unterstützt werden. Außerdem dienen sie der Informationsgewinnung, zum Beispiel über eine finanzielle Unterstützung von Initiativen gegen Rechts. Letztendlich hat auch die parlamentarische Arbeit die Normalisierung der extrem rechten Parteien und ihrer Ideologie zum Ziel. Dort, wo andere Ratsparteien sich auf einen Umgang geeinigt haben und beispielsweise alle Anträge der extremen Rechten geschlossen ablehnen, haben rechte Parteien einen geringeren Spielraum, sich zu profilieren, als "Spaltpilz" und "Zünglein an der Waage" lokalpolitische Entscheidungen mitzubestimmen. Die Entwicklung der *Republikaner* verdeutlicht zugleich die Gefahr einer "Verbürgerlichung" der extremen Rechten, weil für einen Großteil ihrer Wählerschaft das Image als "anti-systemische" Alternative bedeutsam zu sein scheint.



Auf der Bühne der Lokalparlamente

Die Praxis der extrem rechten Parteien in den Lokalparlamenten ist recht unterschiedlich, nicht allen MandatsträgerInnen gelingt es gleichermaßen, die neuen Möglichkeiten effektiv zu nutzen. (vgl. Schwerpunkt LOTTA #25) Viele der neu Gewählten fielen durch Untätigkeit und Unprofessionalität auf. Manche, vor allem diejenigen, die als einzige VertreterInnen ihrer Partei im Rat sitzen, resignierten. Sie erschienen nicht mehr zu den Sitzungen oder saßen nur noch untätig ihre Aufwandsentschädigungen ab. Eigene Wortbeiträge oder Anträge sind selten. Neben mangelnder Kompetenz des Personals sind die Gründe für dieses Versagen aber auch in der ideologischen Ablehnung des Parlaments und der parlamentarischen Umgangsformen zu suchen. In der "Quasselbude", in der "Gemauschel" und "Filz der Altparteien" herrschten und in der ihnen die Anerkennung verweigert würde, wollen sie sich nicht übermäßig engagieren.

Können die Abgeordneten aber eine Gruppe oder gar Fraktion bilden, ändert sich meist auch ihr Auftreten. Es mehren sich Anträge und Anfragen, die sich thematisch vor allem mit lokalen (Konflikt-)Themen beschäftigen. Am stärksten bedient sich die *pro Köln*-Fraktion dieser Masche, die damit erheblichen Einfluss auf lokalpolitische Auseinandersetzungen ausübt. Ein Wahlergebnis von 4,7 Prozent sorgte 2004 für vier Ratssitze. Ende 2005 stieß zudem ein Überläufer der

Republikaner zur Fraktion, die sich auch einen hauptberuflichen Mitarbeiter leisten kann. In einer Vielzahl von Anträgen, Anfragen und Reden versuchen sie, lokalpolitische Fachkompetenz zu beweisen. Ihr Schwerpunktthema ist die rassistische Hetze, in deren Mittelpunkt in den letzten Jahren vor allem Moscheebau-Projekte rückte. Hier verbindet *pro Köln* dann ihre Ratsarbeit geschickt mit Agitation in den betroffenen Stadtteilen mit von Unterschriftensammlungen, Mahnwachen oder Auftritten bei Veranstaltungen. Eine eigene "Zeitung", die in großer Auflage an Kölner Haushalte verteilt wird, soll die Arbeit von *pro Köln* transparent machen.

Beim Thema "Anti-Islam" gelang es *pro Köln*, auch Risse in der Abwehr der demokratischen Parteien zu erzeugen: Der Moscheebau in Ehrenfeld sorgte für viel Streit innerhalb der CDU und letztlich zum Übertritt des ehemaligen Bezirksbürgermeisters **Jörg Uckermann** zu *pro Köln*. Letztendlich hat sich aber innerhalb der CDU durchgesetzt, in keiner Weise mit *pro Köln* zusammen zu arbeiten, was bei den Protesten gegen den "Internationalen Anti-Islamisierungskongress" im September symbolisch bekräftigt wurde. Die Konflikte machen aber einmal mehr die Schnittmengen zwischen angeblicher "Mitte" und "Rechtsaußen" deutlich: In ihrer Ablehnung von Islam, Migration und empfunder kultureller Differenz treffen sich extrem rechte mit sich als demokratisch verstehenden Politikern und

buhlen um das gleiche WählerInnenpotenzial.

Kulturalisierung des Rassismus

Anstelle der platten Parole "Ausländer raus" hat aktuell ein Rassismus Konjunktur, der über den Umweg vermeintlicher Kritik am politischen Islamismus in kulturalisierter Verpackung daherkommt. Islamfeindlichkeit ist weit verbreitet und spiegelt sich auch in der Medienberichterstattung wieder. Eine unsachliche Verknüpfung der Religion Islam mit politischem Fundamentalismus und der Zuwanderungsfrage ist es, wovon die extreme Rechte politisch zu profitieren droht.

Umfragen weisen hierbei auf ein geeignetes Agitationspotenzial: Danach weisen zwischen 20 und 35 Prozent der deutschen Bevölkerung deutliche Ressentiments gegenüber Zugewanderten wie zugleich speziell gegenüber Muslimen auf. Nicht bloß die extreme Rechte versucht, auf diesem Feld propagandistisch zu punkten. Weit über diesen Rand hinaus ertönt ein Populismus mit antiislamischem Tenor und rassistischen Untertönen. Von ideologischen Brückenköpfen wie der "neurechten" Wochenzeitung *Junge Freiheit* über Internet-Blogs wie *Politically Incorrect* (PI) und kruden Vereinen wie der *Bürgerbewegung Pax Europa* bis in die gesellschaftliche Mitte hinein vollzieht sich dieser antiislamische Rechtspopulismus. Inhaltlich treten Fragmente eines solchen christlich-abendländisch hergeleiteten "Leitkultur-Populismus" zugleich in der etablierten Politik wie in kirch-



lichen Kreisen zutage – Handreichungen und Schriften wie etwa das Magazin „Pro“ des *Christlichen Medienverbundes* führen dies exemplarisch vor.

Rheinischer C-Populismus

In NRW ist es im etablierten Parteienspektrum besonders die CDU, die taktisch geschickt die verschiedensten politischen Themen und Felder propagandistisch besetzt, um als „Partei der Mitte“ unterschiedliche Interessen und politische Begehrlichkeiten bedienen zu können. So spielt Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** seit seinem Antritt die sozial(ökonomisch)e Karte und inszeniert sich medial als „Arbeiterführer“, um der SPD das Wasser abzugraben und die letzten „roten“ Bastionen im Ruhrgebiet zu erobern. Nicht nur als forscher Standortkämpfer für die heimische Industrie und gegen das „vagabundierende Kapital“ – so etwa bei Selbstinszenierungen vor den Werktoeren von Nokia in Bochum – oder als (Ver-)Handlungsreisender in Sachen Opel; Rüttgers verwandelte sich vom spröde auftretenden Spießier zum populistischen „Anwalt des kleinen Mannes“ aus NRW, der auch wagt, gegen die wirtschaftsliberalen Planungen in der eigenen Bundespartei zu Felde zu ziehen.

Der Biedermann mutierte damit – werbetechnisch gut inszeniert – zu einer Art Mischung aus rheinischem **Seehofer** und Herz-Jesu-**Lafontaine**. Mit dieser Blue-Collar-Attitüde praktiziert der Neokonservative symbolische Politik auf dem ursprünglichen

Kampfterrain der profillosen und von Hartz IV gebeutelten SPD. Der symbolisch-populistische Arbeiter-Konservatismus wird flankiert von einem Multi-Kulti-Neokonservatismus, personifiziert in dem Integrationsminister **Armin Laschet**, einer Art von genetisch verjüngtem **Norbert Blüm**, der politisch das Spektrum von FDP über die konservativ geprägte Zuwanderer-Community bis zum etablierten grünen Milieu zu bedienen versucht.

Dieser politische Spagat ist Ausdruck einer populistischen Strategie der symbolischen Besetzung politisch heterogener Felder zur Etablierung eines ideologieübergreifenden Gesamtprojekts „CDU NRW“ als einer (Regional-)Partei für alle. Andererseits überspannt er die Grenzen politischer Verortung für das eigene konservative Milieu. So war es der nassforscher Integrationsminister, der den hessischen Parteikollegen **Roland Koch** für dessen Wahlkampfstil rügte, während zugleich sein eigener Chef einige Jahre zuvor mit der rassistischen Parole „Kinder statt Inder“ in NRW Wahlkampf betrieben hatte. Die hektischen Reaktionen der CDU-Funktionäre auf Sympathiebekundungen wie sogar Übertritte ihrer Mitglieder zur kultur-rassistischen Rechtsaußenpartei *pro NRW* zeigen die Brüchigkeit solcher politischen Überdehnungen.

Gegen die rechte Mitte

Der antiislamische Rechtspopulismus auf Rechtsaußenseite speist sich auch durch solche Entwicklungen. Für eine antirassistische Politik heißt dies meh-

rerlei. Erstens muss klar Position gegen den kulturalisierten Rassismus auf dem Rücken von Zugewanderten und religiösen und ethnischen Minderheiten bezogen werden. Zweitens muss deutlich Kritik an dem Pseudo-Integrations-Konservatismus geübt werden, der real auf struktureller politischer und sozialer Ausgrenzung fußt. Das betrifft nicht nur das fehlende kommunale Wahlrecht für große Teile der Zugewanderten, die als Nicht-EU-BürgerInnen auch bei den Kommunalwahlen nicht wählen dürfen, oder die hier lebenden Flüchtlinge ohne Bleiberecht. Es betrifft zudem den Großteil der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, denen aufgrund sozioökonomischer Selektionsmechanismen der gleichberechtigte und gleichgestellte Zugang zu sozialer, politischer und ökonomischer Partizipation verstellt ist. Drittens beinhaltet eine antirassistische Politik die Verknüpfung von Partizipations- mit sozioökonomischen Fragen. Dabei zeigt sich, dass es hierbei oftmals weniger um kulturelle als vielmehr um soziale und klassenspezifische Fragen geht, die kulturübergreifend auf die politische Agenda gebracht werden müssen. ★